



Marktgemeinde Zell am Ziller

Bezirk Schwaz - Tirol

☎ 05282/2222-0 ☎ 05282/2222-29 E-Mail: gemeinde@zell-am-ziller.tirol.gv.at

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Zell am Ziller hat mit Beschluß aus seiner 10. Sitzung vom 4. Februar 2005 aufgrund des § 15, Absatz 3, Ziffer 4, des Finanzausgleichsgesetzes 2005 (FAG), BGBl. I Nr. 156/2004, in der geltenden Fassung, folgende Kanalgebührenordnung erlassen:

Kanalgebührenordnung 2005 der Marktgemeinde Zell am Ziller

§ 1 - Geltungsbereich:

Diese Verordnung gilt für alle einmaligen und laufenden Gebühren für die Benützung der Abwasserentsorgungsanlage Zell am Ziller.

Durch diese Verordnung werden andere Vorschriften der Abwasserentsorgungsanlage und landesgesetzliche Vorschriften nicht berührt.

§ 2 - Einteilung der Gebühren:

Zur Deckung des Aufwandes der Abwasserentsorgungsanlage und des prozentuellen Anteiles an der Verbandsanlage Abwasserverband Achenal - Inntal - Zillertal der Marktgemeinde Zell am Ziller werden einmalige und laufende Benützungsgebühren erhoben:

- (1) Kanalanschlußgebühr (einmalige Benützungsggebühr),
- (2) Kanalzins (laufende Benützungsggebühr für die laufende Abwasserentsorgung),

§ 3 – Kanalanschlußgebühr:

- (1) Die Marktgemeinde Zell am Ziller erhebt zur Deckung der Kosten der Errichtung und Erweiterung (oder auch für eine technische Verbesserung) der Abwasserentsorgungsanlage und -reinigungsanlage eine Kanalanschlußgebühr.
- (2) Die Anschlußgebührenpflicht entsteht mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Anschlusses von Grundstücken an die bestehende Abwasserentsorgungsanlage.
- (3) Bei Zu- und Umbauten und bei Wiederaufbau von abgerissenen Bauten entsteht die Anschlußgebührenpflicht nur insoweit, als die Bemessungsgrundlage den Umfang der früheren übersteigt. Dies trifft auch auf Neubauten auf bereits angeschlossenen Grundstücken oder bei Änderungen eines Gebäudes, durch die seine Bemessungsgrundlage vergrößert wird, zu. Eventuelle Umrechnungen bei Altbauten von Quadratmeter auf Kubikmeter erfolgen mit dem Faktor 3, also 1 Quadratmeter ist gleich 3 Kubikmeter.
- (4) Die Kanalanschlußgebühr wird von der Marktgemeinde Zell am Ziller nach Entstehung der Gebührenpflicht mittels Bescheid vorgeschrieben.

§ 4 – Kanalzins:

- (1) Die Marktgemeinde Zell am Ziller erhebt zur Deckung der Kosten des Betriebes und der Instandhaltung der Abwasserentsorgungsanlage und -reinigungsanlage eine Gebühr (Kanalzins).
- (2) Der Kanalzins knüpft an den bestehenden Anschluß eines Grundstückes (Gebäudes) an der Abwasserentsorgungsanlage Zell am Ziller.
- (3) Der Kanalzins für die laufende Abwasserentsorgung wird von der Marktgemeinde Zell am Ziller mittels Bescheid halbjährlich nach Messung der verbrauchten Wassermenge vorgeschrieben. Die Wasser-Verbrauchsablesungen erfolgen zum 01. April und zum 01. Oktober eines jeden Jahres. Der Gemeinderat kann die Änderung der Termine für die Wasser-Verbrauchsablesungen beschließen. Wurde eine jährliche Wasser-Verbrauchsablesung beschlossen, so sind 4 Akontozahlungen vorzuschreiben, deren Höhe sich aus dem entsprechenden Teil des Vorjahresverbrauches errechnet. Fehlt ein solcher, so ist dieser vorläufig angemessen zu schätzen. Minderverbräuche können bei Akontozahlungen in begründeten Fällen auf Antrag berücksichtigt werden.

§ 5 - Höhe und Bemessungsgrundlage der Kanalanschlußgebühr:

- (1) Der Tarif wird mit € 2,30 je Kubikmeter der Bemessungsgrundlage, inklusive gesetzlicher Umsatzsteuer (derzeit 10 Prozent), festgesetzt. Die Änderung des Tarifes erfolgt durch Beschluß des Gemeinderates.
- (2) Die Bemessungsgrundlage vervielfacht mit dem Tarif, § 5 (1), ergibt die Kanalanschlußgebühr.
- (3) Die Bemessungsgrundlage für die Kanalanschlußgebühr ist die Baumasse eines Gebäudes in Kubikmeter nach der Definition des § 2 Abs. 4 Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz (TVAAG), LGBl. Nr. 22/1998, in der geltenden Fassung. Nach deren Definition ist die Baumasse der durch ein Gebäude umbaute Raum. Die Baumasse ist geschoßweise zu ermitteln, wobei bei Räumen mit einer lichten Höhe von mehr als 3,50 m der diese Höhe übersteigende Teil außer Betracht bleibt. Der umbaute Raum ist jener Raum, der durch das Fußbodenniveau des untersten Geschoßes und durch die Außenhaut des Gebäudes oder, soweit eine Umschließung nicht besteht, durch die gedachte lotrechte Fläche in der Flucht der anschließenden Außenhaut begrenzt wird. Soweit diese Definition im zugrundeliegenden Gesetz geändert wird, ändert sich auch automatisch die Definition dieses Absatzes in diesem Sinne.
- (4) Die Baumasse landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und entsprechend genutzter Gebäudeteile ist nur zur Hälfte, im Falle von Gebäuden oder Gebäudeteilen für Laufställe nur zu einem Viertel, anzurechnen. Verlieren solche Gebäude oder Gebäudeteile diesen Verwendungszweck durch bauliche Änderungen, so gilt dies als Vergrößerung der Baumasse im Ausmaß der Hälfte, im Falle von Gebäuden oder Gebäudeteilen für Laufställe im Ausmaß von drei Vierteln, der tatsächlichen Baumasse.
- (5) Als Vergrößerung der Baumasse gilt weiters der Ausbau des Dachgeschosses von Gebäuden, für die eine Kanalanschlußgebühr unter Zugrundelegung der betreffenden Teile des Dachgeschosses noch nicht entrichtet wurde.
- (6) Für Schwimmbecken im Freien und in geschlossenen Räumen gilt zusätzlich als Bemessungsgrundlage der Rauminhalt des Schwimmbeckens in Kubikmeter.
- (7) Die Bemessungsgrundlage für freistehende gewerbliche Anlagen, zum Beispiel Waschanlagen bei Tankstellen, auf welchen ein Wasserverbrauch stattfindet und Abwasser anfällt, ist als zusätzliche Bemessungsgrundlage heranzuziehen die Summe aus der Rechnung Manipulationsfläche in Quadratmeter x 3 m Höhe = Anzahl Kubikmeter, sofern sich diese Manipulationsfläche nicht in einem Gebäude oder Gebäudeteil befindet.

§ 6 - Höhe und Bemessungsgrundlage des Kanalzinses:

- (1) Der Tarif wird mit € 1,50 je Kubikmeter der Bemessungsgrundlage, inklusive gesetzlicher Umsatzsteuer (derzeit 10 Prozent), festgesetzt. Die Änderung des Tarifes erfolgt durch Beschluß des Gemeinderates.
- (2) In der Tarifgestaltung nach § 6 (1) dieser Verordnung sind 6 % Abschläge für Wassermengen, die nicht in die öffentlichen Kanäle eingeleitet werden, bereits berücksichtigt (zum Beispiel Wasser für Balkonblumen, für Gartenanlagen, usw.). Darüber hinaus können für solche Wassermengen keine zusätzlichen Abschläge berücksichtigt werden, sofern nachstehend nichts anderes bestimmt wird.
- (3) Die Bemessungsgrundlage vervielfacht mit dem Tarif, § 6 (1), ergibt den Kanalzins.
- (4) Die Bemessungsgrundlage für den Kanalzins ist die Menge des abgegebenen Abwassers. Die Menge des abgegebenen Abwassers ist die durch den Wasserzähler gemessene tatsächlich entnommene Wassermenge (Wasserverbrauch) in Kubikmetern aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage oder einer eigenen Wasserversorgung.
- (5) Kann der tatsächliche Wasserverbrauch wegen eines Defektes des Wasserzählers oder wegen höherer Gewalt (zum Beispiel Wasserrohrbruch, Winterbruch) nicht ermittelt werden, so ist der Wasserverbrauch für ähnlich gelagerte Grundstücke oder Gebäude heranzuziehen.
- (6) Die vom Wasserzähler angezeigte Wassermenge ist auf volle Kubikmeter abzurunden.
- (7) Der Gemeinderat ist berechtigt, eine Staffelung der Tarife nach Jahreszeit oder Verbrauchsmengen vorzunehmen.
- (8) Verfügt ein Grundstück über eine eigene Wasserversorgung oder Regenwassernutzungsanlage, so ist dies der Behörde anzuzeigen und ist durch die Marktgemeinde Zell am Ziller ein geeichter Wasserzähler zur Messung des Wasserverbrauches einbauen zu lassen. Für einen solchen Wasserzähler fällt eine Wasserzählergebühr gemäß der Zeller Wassergebührenordnung 2005 an.
- (9) Der Wasserverbrauch in Stallungen von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden und entsprechend genutzter Gebäudeteile wird für die Verrechnung des Kanalzinses nicht in Ansatz gebracht, sofern er nicht in die Abwasserentsorgungsanlage eingeleitet wird. Durch getrennte Anspeisung oder Einbau eines Subzählers muß jedoch der Wasserverbrauch der an die Abwasserentsorgungsanlage angeschlossenen Gebäudeteile einwandfrei festgestellt werden können.
- (10) Für entnommenes Wasser aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage oder einer eigenen Wasserversorgung, das nachweislich nicht in die öffentlichen Kanäle eingeleitet wird, ist auf Antrag des Gebührenschuldners eine Messung vorzunehmen und ein Subzähler einzubauen und hat diese Wassermenge bei der Bemessung des Kanalzinses außer Ansatz zu bleiben. Ein solcher Antrag ist bei sonstigem Anspruchsverlust spätestens für den letzten und die künftigen Abrechnungszeiträume einzubringen und die Genehmigung eines solchen Antrages darf nur erfolgen, wenn die anderweitige Ableitung von abgegebenem Wasser der Umwelt und den gesetzlichen Bestimmungen nicht zuwiderläuft und die Wassermenge, welche nicht in die öffentlichen Kanäle eingeleitet wird, nicht unverhältnismäßig klein ist. Unverhältnismäßig klein und bei der Abwassermenge zu vernachlässigen ist jedenfalls eine Wassermenge von weniger als 20 Prozent des letzten Abrechnungszeitraumes.

§ 7 – Gebührenschuldner:

- (1) Gebührenschuldner im Sinne dieser Verordnung ist der Eigentümer des an der Abwasserentsorgungsanlage angeschlossenen Grundstückes (Gebäudes).
- (2) Jede Änderung des Gebührenschuldners ist der Marktgemeinde Zell am Ziller unverzüglich anzuzeigen.

§ 8 – Haftung:

- (1) Die Nutznießer, dinglich oder obligatorisch Berechtigte, haften anteilmäßig für die richtige und rechtzeitige Entrichtung der Gebühren.
- (2) Bei einem Wechsel in der Person des Gebührenschuldners haftet der neue Gebührenschuldner für alle Zahlungsrückstände anteilig.

§ 9 – Verfahrensbestimmungen:

Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Tiroler Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 34/1984, in der geltenden Fassung.

§ 10 - Geschlechtsspezifische Gleichbehandlung:

Personenbezogene Bezeichnungen beziehen sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

§ 11 - Übergangs- und Schlußbestimmungen:

- (1) Die Kanalgebührenordnung 2005 tritt mit 01. April 2005 in Kraft. Sie ist auf nach diesem Zeitpunkt eintretende gebührenpflichtige Tatbestände anzuwenden.
- (2) In den Fällen, in denen der tatsächliche Anschluß bereits vor dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung hergestellt worden ist, entsteht die Kanalanschlußgebührenpflicht mit dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung.

Die gegenständliche Verordnung wurde seitens der Abteilung Ib des Amtes der Tiroler Landesregierung gemäß § 122 TGO einer Verordnungsprüfung (Zl.: Ib-6215/8-2005 vom 28.02.2005) unterzogen.